

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mülierters Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise, Reklamsseite 40 Pfg., Ausnahmestück 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 20

Dienstag, den 18. Februar 1930

32. Jahrg.

Donnerstag, den 27. Februar, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 14. Februar 1930.

23]

Der Magistrat.

Grundstücksverpachtung.

Mittwoch, den 19. Februar 1930, um 19 Uhr

im Ratsteller der Ackerplan Nr. 1 in der Unterförde, 49,64 ar groß, öffentlich meistbietend verpachtet werden. Kemberg, den 17. Februar 1930.

24]

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Das Jahr 1930 erfordert im deutschen Haushalt eine Milliarden Mehrausgaben, zu deren Deckung u. a. 220 Millionen Mark durch neue Steuern aufzubringen sind.
* Die Saargebietregierung verlegt durch förmliche Verhandlungen zu Ungunsten der Sparkassen den ihr ergebenden Renten die Finanzgeschäfte auszuüben.
* Wie verlautet, werden die Großmächte in Moskau einen gemeinsamen Schritt unternehmen, um den dort im Gange befindlichen Wirtschaftsveränderungen zu steuern.
* Schwere Unruhen in Spanien, hervorgerufen durch Arbeitslosenprobleme, Ausschreitungen und Mindererwerbskräfte, lassen die Gerüchte über gewaltsame Umwälzungen nicht verstummen.

Zollfrieden?

☉ In Genf beginnt wieder eine der großen internationalen Tagungen. 27 europäische Staaten — also ganz Europa mit Ausnahme von Sowjetrußland und Albanien, haben Vertreter zu dieser Konferenz entsandt. Daneben treten Japan, Santo Domingo, Cuba und einige andere außereuropäische Staaten mit Beobachtern auf. Es handelt sich also um eine rein europäische Konferenz im Rahmen des Völkerbundes, und dies erklärt sich daraus, daß das Thema der Konferenz der europäische Zollfriede ist. Die Vollerversammlung des Völkerbundes hat die Forderung aufgestellt, daß man versuchen sollte, in einer Reihe von Etappen zu einem europäischen Zollfrieden zu kommen. Und diese Konferenz soll den endgültigen Zollfrieden durch einen zwei- bis dreijährigen Zollwaffenstillstand vorbereiten. Man hat zur Einleitung der Konferenz die Regierungen aller beteiligten Länder über ihre Bereitwilligkeit, an dieser Vorbereitung teilzunehmen, befragt, mit dem Ergebnis, daß mit Ausnahme zweier europäischer Staaten sämtliche Regierungen sich beteiligen. Ergeben sich daraus günstige Aussichten für das Konferenzergebnis? Steht der Zollwaffenstillstand in Europa bevor? Man darf aus der starken Beteiligung nicht auf die praktischen Aussichten schließen. Was bisher an Verhandlungen maßgebender Wirtschaftsexperten vorliegt, eröffnet der Zollfriedenkonferenz keine günstigen Perspektiven.

Zwar ist von der Genfer Völkerbundesversammlung ausdrücklich beschlossen worden, daß man nicht wieder eine Sachverständigenkonferenz einberufen will, wie es die große Weltwirtschaftskonferenz war, sondern daß an Stelle der Sachverständigen, die nur gutachtliche Meinungen abgeben können, bevollmächtigte Vertreter der Regierungen treten sollen. Darin kam der Wunsch der Völkerbundesversammlung zum Ausdruck, praktische Ergebnisse herbeizuführen. Die führenden Länder haben als Leiter ihrer Delegationen denn auch Ratsmitgliedern entsandt. Aus Deutschland werden der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Reichsernährungsminister Dietrich teilnehmen, Frankreich und England sind durch ihre Handelsminister vertreten. Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat auch bereits einen Entwurf für den geplanten Zollwaffenstillstand ausgearbeitet. Trotzdem — es besteht nicht einmal Aussicht darauf, daß dieser Entwurf ernsthaft zur Diskussion kommen wird. Beabsichtigt man, einen Kollektivvertrag der beteiligten Staaten zustande zu bringen, durch den sämtliche Zollföhrer für zwei Jahre gebunden werden sollten, so daß in dieser Zeit Zollerhöhungen nicht möglich wären. Man kennt im bestehenden Handelsvertragsystem bis jetzt die Bindung einzelner Zollföhrer zwischen zwei beteiligten Staaten. Davon würde sich der geplante Vertrag dadurch unterscheiden, daß sämtliche Vöhrer der bestehenden Zollföhrer gebunden wären und daß eben nicht nur ein zweijähriger, sondern ein umfassender Vertrag das Ziel ist.

Aber gegen diesen umfassenden Charakter der geplanten Abmachungen hat sich zum Beispiel die französische Kammer sehr entschieden ausgesprochen. In der französischen Kammer ist zum Ausdruck gekommen, daß

ein solches Vertragswerk eine Einschränkung der staatlichen Autonomie darstellen würde, die unmöglich hingenommen werden könne. Die englischen Handelskammern haben, wenn auch nicht unter diesem politischen, sondern unter einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt, ebenfalls eine Ablehnung der Genfer Pläne ausgesprochen. Sie haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß es keinen Sinn habe, eine Bindung der Zollföhrer auf dem jetzigen hohen Zollniveau zu vereinbaren, sondern daß statt einer Zollstabilisierung eine Zollsenkung das Ziel sein müsse. Besonders eigenartig sind diese Meinungen aus Frankreich und England, weil der Beschluß der Völkerbundesversammlung, durch den die jetzige Konferenz einberufen worden ist, auf einen englisch-französisch-belgischen Vorschlag zurückgeht. In Deutschland, das an jenem Antrag also nicht beteiligt war, ist die Aufnahme weitestgehend freundlich gewesen. Der Reichswirtschaftsminister hat über diese Frage vor kurzem ein Gutachten erstattet, das darin gipfelt, die Idee des Zollfriedens sei des Interesses und der Förderung wert. Die deutsche Delegation wird bei ihrem Vorgehen in Genf sich selbstverständlich an dieses Gutachten halten. Immerhin müssen von deutschen Standpunkten aus ebenfalls die Möglichkeiten beachtet werden, von denen eine Förderung oder Schädigung der materiellen deutschen Interessen abhängt. Das ist zum Beispiel die Frage des Stillstandes, der für solche Zollbindungen festgelegt werden würde. Denn es würde natürlich darauf ankommen, die Stabilisierung auf einem Zollniveau vorzunehmen, das den augenblicklichen Bedürfnissen der beteiligten Staaten entspricht, das also vom deutschen Standpunkt aus auch die am 1. Januar in Kraft getretenen neuen Zollgebühren umfassen müßte.

Über so weit wird es nach den Verhandlungen, die aus England und Frankreich vorliegen, voraussichtlich gar nicht kommen. Es handelt sich bei dieser Genfer Konferenz um eine erste gemeinsame Aussprache der europäischen Staaten über ihre Wirtschaftspolitik — eine Aussprache, die aber eine Sache gegen Aukereuropa schon deshalb nicht trägt, weil sie im Rahmen des Völkerbundes, also einer Europa und Weltweite umfassenden Organisation stattfindet. Ob bei dieser ersten gemeinsamen Aussprache die Regierungen einzelner Länder, also zum Beispiel Frankreich und England, in der Lage sein werden, sich über die abweichenden Urteile ihrer Wirtschaftsexperten hinwegzusetzen, ist abzuwarten. In jedem Fall wird es nützlich und zweckmäßig sein, daß man sich innerhalb Europas über die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit einmal klar wird und daß man in dieser Aussprache versuchen kann, festzustellen, auf welchem Gebiete die gemeinsamen Interessen liegen.

Youngplan im Ausschuß.

Gemeinsame Tagung in aller Öffentlichkeit.

☉ Berlin, 15. Februar.

In der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde zunächst festgelegt, daß die Hauptausprache in gemeinsamer Tagung durchgeführt wird, während die Einzelberatung der Vorlage in Sonderberatungen der beiden Ausschüsse erstigt werden soll. In der Besprechung wurde das Plenum bestimmte der Ausschüsse die Abgeordneten Dr. Breitscheid (Soz.) und Dr. Hoepflich (Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft). Die sachliche Beratung wurde mit der Frage der tatsächlichen Höhe der finanziellen Gesamtlasten begonnen.

Reichsaussenminister Dr. Curtius

hat dringend die Öffentlichkeit nicht weiter damit zu beunruhigen und ihre zu führen, daß man die Jahreszahlungen abbiedere und eine Ratenklausel nenne, die Deutschland dann zu zahlen habe. Er verglich die deutsche Reparationslast mit einer Hypothek, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß der Kapitalwert nicht mehr als 34,5 Milliarden Mark betrage. Der Gegenwärtige Wert des Dawesplanes betrage dagegen rund 49 Milliarden. Nach dem Dawesplan hätten wir in den nächsten 10 Jahren über 7 Milliarden mehr zu zahlen.

Die Aussprache eröffnete der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Reichert, der sich gegen die Beratungen des Ministers wandte. Der größte Teil des Youngplans liegt er in der Tatfrage, daß die deutschen Leistungen nicht nach der deutschen Leistungsfähigkeit berechnet, sondern mit der Kriegsschuldung unserer Gegner in Verbindung gebracht werden. Für die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft sprachen Dr. Hoepflich und die Abgeordneten Dr. Klöne und von Ebel. Dr. Hoepflich hielt eine förmliche Verbindung der Reparationen mit den interalliierten Schulden für besser, nachdem nur einmal eine tatsächliche erfolgt sei. Auch die Abgeordneten von Ebel und Klöne errechneten eine Verschlechterung durch den Youngplan.

Reichsaussenminister Dr. Curtius

erwiderte, daß schon auf der Londoner Konferenz ein Zahlungsplan aufgestellt worden sei, nach dem Deutschland jährlich zwei Milliarden auszahlte 26 v. Z. der deutschen

Auszahl zu zahlen habe. Das würde für 1929 eine Zahlung von 5,6 Milliarden bedeuten. Dr. Dornburg (Dem.) betonte, daß der Youngplan nur eine Etappe auf dem Wege der Reparationsregelung darstelle. Die deutsche Wirtschaftslage werde von der Rechten zu ungünstig beurteilt.

Nur im äußersten Notfall . . .

Die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter.

☉ Berlin, 15. Februar.

Mit Zustimmung des Reichsrats und nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat der Reichsarbeitsminister bestimmt, daß im Jahre 1930 insgesamt für 109 000 ausländische Landarbeiter die Genehmigung zur Beschäftigung erteilt werden darf. In seinem Erlaß ersucht der Reichsarbeitsminister, dafür zu sorgen, daß die Notwendigkeit, ausländische Landarbeiter zu beschäftigen, in jedem Einzelfall mit besonderer Sorgfalt geprüft wird. Insbesondere dürfen landwirtschaftliche Betriebe, die deutsche Landarbeiter entlassen und solche Landarbeiter nicht wieder eingestellt haben, ausländische Landarbeiter in der Regel nicht erhalten, jedenfalls nur dann, wenn eindeutig nachgewiesen wird, daß deutsche Landarbeiter tatsächlich nicht zur Verfügung stehen.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat die staatlichen Vertreter in den Verwaltungsausschüssen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durch einen Rundschreiben angewiesen, nachdrücklich dafür einzutreten, daß die vordereordnete Anweisung des Reichsarbeitsministers genau durchgeführt wird. Das Bedürfnis nach ausländischen Arbeitskräften ist grundsätzlich für diejenigen Betriebe zu verneinen, die inländische Arbeiter entlassen haben, ohne die gleiche Anzahl inländischer Arbeiter wieder einzustellen. Nur wenn der einwandfreie Nachweis erbracht ist, daß alle Bemühungen, einheimische Arbeitskräfte zu erhalten, gescheitert sind, dürfen die staatlichen Vertreter in den Verwaltungsausschüssen der Bewilligung ausländischer Arbeitskräfte bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen zustimmen. Der Minister für Volkswohlfahrt ersucht in seinem Rundschreiben die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, die Landräte anzuweisen, der Entlohnung einheimischer Arbeitskräfte auf dem Lande ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und über Entlohnungen, die über den normalen Wechsel an Arbeitspersonal hinausgehen, zu berichten.

Eine Milliarde Mehrausgaben für 1930.

Für 220 Millionen Mark neue Steuern.

☉ Berlin, 15. Februar.

Bei den bisherigen Beratungen der Fraktionsführer hat sich ergeben, daß insgesamt für den Haushalt für 1930 gegenüber dem von 1929 eine Milliarde Mehrausgaben bringt. Diese Mehrausgaben setzen sich zusammen aus dem Summen von 450 Millionen für den Schuldentilgungsfonds, aus 50 Millionen weiteren Sachausgaben und endlich aus 500 Millionen Mehrausgaben für den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. In diesen 500 Millionen ist allerdings die Ausgabe für die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in Höhe von 250 Millionen enthalten. Die weiteren Mehrausgaben des Reichsarbeitsministeriums betragen also u. a. auf die Arbeitsfürsorge, auf die erhöhten Zuschüsse für die Sozialversicherung und auf die erhöhten Ausgaben für die Knappschaftsversicherung und die Invalidenversicherung infolge der Vergrößerung. Die Mittel für die Wohnbeihilfe, die bisher vom Reich geleistet worden sind, werden in Zukunft von den Krankenkassen übernommen. Es sind lediglich 5 Millionen an benötigte Krankenkassen für diesen Zweck in Rechnung gestellt worden.

Bei den gegenwärtigen Beratungen ist nun insofern eine neue Grundlage gefunden worden, als es sich nicht mehr um Steuererlagen in Höhe von 370 Millionen, sondern nur noch in Höhe von 220 Millionen Mark handelt, die die 154 Millionen Defizit aus dem Jahre 1928 buchmäßig abgedeckt sind, aber auf den Schuldentilgungsfonds Anrechnung finden. Der Reichsstaatspräsident hat von sich aus Einwendungen gegen eine solche Regelung nicht erhoben. Anstands dieser Sachlage hat sich das Steuerproblem vereinfacht.

Es genügt nunmehr die einfache Biersteuererhöhung in Höhe von 180 Millionen Mark mit den erhöhten Kaffee- und Teezöllen, die mit 50 Millionen in Anrechnung gebracht sind. Wenn die Regierungsparteien sich zu einer solchen Lösung entschließen würden, so hätte das den Vorteil, daß diese Regelung tatsächlich noch vor der dritten Sitzung des Youngplans in Kraft gesetzt werden könnte, da der Entwurf über die Biersteuererhöhung dem Reichsrat passiert hat und nach im Steueranlaß zur weiteren Beratung liegt. Die Erhöhung der Kaffee- und Teezölle könnte von der Reichsregierung im Wege der Verordnung vorgenommen werden.

Es hat aber den Anschein, als ob von gemiffer Seite immer noch eine Erhöhung der Umsatzsteuer gefordert wird,

und zwar scheint hier die Kaiserliche Kassenkammer treuherzig zu sein. Der Sinn der Umsatzsteuererhöhung soll der sein, den Bürgern erhöhte Ueberweisungen zuzumessen zu lassen. Heber die Frage der

Sanierung der Arbeitslosenversicherung

dürfte in absehbarer Zeit auch eine Einigung zu erzielen sein, da grundsätzliche Bedenken gegen den Verlauf der Reichsbahnvorsorgesachen an die Angestelltenversicherung, und an die Invalidenversicherung bisher jedenfalls noch nicht geäußert worden sind. Es wird die Frage der Formalitäten und Modalitäten noch zu erörtern sein. In parlamentarischen Kreisen wird u. a. vorgeschlagen, daß es zweckmäßiger wäre, wenn die beiden Sozialversicherungen sich mit der Reichsregierung auf einen Kaufmännischen Pakt über den Verlauf der Vorsorgesachen einigen würden. Wenn die Invalidenversicherung und die Invalidenversicherung prinzipiell geneigt sind, dem Vorstoß zu entsprechen, so wird ein besonderes Gelingen. In anderen Fällen ermächtigt die Reichsregierung sich nur zum Reichstag eine Ermächtigung über den Verlauf der Vorsorgesachen geben zu lassen, und außerdem müßte im Haushaltsjahr 1930 der Einnahmeposten, der die Zinsen für die Reichsbahnvorsorgesachen bezeichnet, um den fälligen Betrag vermindert werden.

Reichsbankpräsident Schacht spricht.

Eine Rede auf der Schaffermesse in Bremen.

— Bremen, 15. Februar.

Auf der im Hause der Geschäft abgehaltenen „Schaffermesse“, an der eine Reihe führender Persönlichkeiten aus der hanseatischen und binnenländischen Wirtschaft teilnahmen, dankte Reichsbankpräsident Dr. Schacht im Namen der Gäste und führte dabei u. a. aus:

„Wir sprechen alle Zeit vom Schaffen, wir wissen aber, daß es nicht nur auf das Schaffen ankommt, sondern auch auf den Willen, der hinter dem Schaffen steht.“

In dem Mangel an Willen, der durch das deutsche Volk geht, empfinde ich die große moralische Krise unseres Volkes. Wir haben nirgendwo mehr das Gefühl in der Bevölkerung, daß der Einzelne für sein Schicksal verantwortlich ist, daß er alles einsehen muß, er etwas im Leben erreichen will. Unser Ideal in Deutschland ist das Ideal des Sozialrentner, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Versorgungsgeldscheine — einschließlich der Sterbegeldscheine mitbekommt.

Wir fühlen uns nicht als Bürger des Staates, sondern wir fühlen uns als Wohlhabendsempfänger eines uns fremden staatlichen Organismus, der irgendwo in der Welt schwebt. Hier in Bremen atmet man etwas vom Regime des Beschäftigten, der aus der engeren Heimat hinausgeht, sein eigenes Schicksal in der Hand nimmt und im besten Sinne des Wortes, sich und sein Leben einsetzt, um das Glück nach Hause zu bringen. Ich hoffe, daß von hier aus der Geist ins Binnenland hinausgetragen wird, daß jeder Deutsche von sich sagt: Von mir und meinem Willen hängt das Schicksal Deutschlands ab.

Die Kirchenverfolgungen in Rußland.

Mächte-Vorstellungen in Moskau.

— Berlin, 16. Februar.

In ausländischen diplomatischen Kreisen verlautet, daß drei Großmächte, die Bolschewisten in Moskau unterhalten und in guten Beziehungen zum Vatikan stehen, den Appell des Papstes, daß Sowjetrußland die Verfolgung der Glaubensgenossen in der Sowjetunion einstellen möge, zu unternommen beabsichtigen.

Die drei diplomatischen Vertretungen würden die Sowjetregierung darauf hinweisen, daß die gegenwärtige Politik der Sowjetregierung gegen die Kirchen im Ausland keine Unterstützung finden könne und daß sie selbstverständlich zu einem Rückschlag der Sympathien für die Sowjetunion im Ausland führen müßte. Dieser Schritt soll in informeller Form erfolgen, da sich die drei Großmächte nicht in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmischen wollen. Sie würden aber darauf hinweisen, daß die Weltöffentlichkeit gegen die Kirchen in der Sowjetunion eine internationale Bedeutung erlangen haben, die den Mächten die moralische Pflicht gebe, entsprechende Vorstellungen in Moskau zu erheben. — In zukünftiger deutscher sowohl wie sowjetrussischer Stelle in Berlin konnte die Nachricht bisher nicht bestätigt werden.

Des Freundes Schuld und Sühne.

Original-Roman von Ludwig Berger.

20

„Sie haben uns aber erstreckt!“ flötete Jadowski nun mit wahrer Teufelsgrinase. „Der Herr Hilfsförster hat mir gesagt! — Was — was soll denn das nun?“ — In demselben Augenblick verhielte eine dunkle Wolke die Wondschel, so daß es auf ein paar Minuten dunkler wurde. — Das kam dem Begleiter natürlich zuwider. Willkürlich hob er sein Gewehr von der Erde auf und verstand im Aufbruch, ohne daß Wilhelm es hindern konnte. Umso gefährlicher forderte er den Langer auf, ihm zur Oberförsterei zu folgen, indem er dessen Wächter über die Schulter hing.

„Mein Herr, sind Sie denn von Sinnen?“ feuchte Jadowski. „Sie wollen mich doch nicht etwa wie einen Wilderer behandeln?“

„Aberdings ist das meine Absicht, denn Sie sind ein Lohner, und der Herr dort ist nicht der erste, den Sie meinem Herrn wohlgesonnen haben.“

„Sie sind ein Narr, Hartung! — Vergessen Sie, bitte, nicht, wenn Sie vor sich haben,“ flang es höhnlich zurück. „Nehmen Sie hier diese beiden blauen Scheine und geben Sie sich zufrieden.“

„Was, Sie wagen es noch, zu einem Verleumdungsverlauf zu greifen?“ — Mein Herr, ich bin kein Lump!“ rief Wilhelm in größter Entrüstung aus. — „Das ist eine unerhörte Zumutung, die Ihnen teuer zu stehen kommen wird.“

„Verleumdungsverlauf?“ — Wer denkt denn daran? — Ich will Ihnen das Geld nicht etwa zum Geschenk machen, damit Sie den Mann halten. Nein, er soll als Belohnung für den Hirschkopf gelten. Sie können es der Forststelle übergeben. Wollen Sie denn gar nicht, daß ich die Erlaubnis habe, hier zu schießen?“ — Der Herr Graf ist, wie auch der Oberförster, mein better friend. Wie die Zwei in meinem Reiter nach Herzogenlust fragen können, darf ich es auch hier tun.“

Die Reichsbankhauptversammlung.

Wirtschaftsantrag gegen Schacht abgelehnt.

— Berlin, 16. Februar.

Die ordentliche Hauptversammlung der Reichsbank, die außerordentlich stark besucht war, wurde vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht mit einer längeren Rede eröffnet, in der u. a. auf die Goldbewegung bei der Reichsbank im vergangenen Jahre, auf die Schulden des Reiches, auf Umwälzung und Tilgung der Rentenbankgelder und auf den Grundbesitz sowie die Verwaltungskosten der Reichsbank eingieng.

Nach Eröffnung der Aussprache wurde vom bekannten Aufwertungsverfechter Betriebsanwal Winter bezeugt, daß die H. B. überhaupt berechtigt sei, über eine Veränderung des Bankgesetzes abzustimmen. Hierüber entspann sich später eine lebhafte Aussprache, an der Reichsanwalt Friedmann und Wirtschaftler und Betriebsanwalt Winter teilnahmen. Dr. Däumler von der Reichsbank gab eine ausführliche Begründung der allgemeinen Verringerung des Bankgesetzes, und Dr. Schacht ging auf die Veränderung der Gemeinverteilung ein. Die Aussprache wurde schließlich so heftig, daß Betriebsanwal Winter unter teilweise Heftigkeit und geringem Beifall einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsbankpräsidenten einbrachte, der als geschäftsordnungswidrig zurückgewiesen wurde.

Die Ablehnung des Winterjens Vertragsantrages erfolgte mit 16 232 Nein-Stimmen gegen 954 Ja-Stimmen. Sodann wurde über den Abschluß für das Geschäftsjahr 1929 abgestimmt, der mit 14 756 Stimmen gegen 598 Stimmen angenommen wurde.

Willkür der Saarregierung.

Kalkulation der Sparlasten im Saargebiet.

— Saarbrücken, 16. Februar.

Neue von der Regierungskommission vorgeschlagene Musterungen, wodurch nach langjähriger Saumlagezeit plötzlich die Saarregierung ein angebliches Interesse für das Eigentum der Sparleiger gefunden wird, bedeuten eine Kalkulation sämtlicher laienmäßiger Sparlasten. Die Angelegenheit erregt großes Aufsehen in den saarländischen Wirtschaftskreisen.

Die Satzungen des Deutschen Sparlasten- und Giroverbandes werden von der Saarregierung derart abgeändert, daß der immer größer werdende Geldabfluß aus den französischen Banken aufgehoben und durch Abschöpfung des Giro-, Kontokorrent- und Depozitengeschäfts diesen Banken neue Kunden und damit neue Gewinne zugehoben werden sollen. Die Regierungsvorlage verlangt u. a., daß die Erziehung von Wechseln durch die Sparlasten der Genehmigung der Saarregierung unterliegt. Der Entwurf verlangt, die Haftung des Wechselsträgers — in diesem Fall der Stadt Saarbrücken — auszuschießen, womit die Mündelsicherheit der Sparlasten in Frage gestellt wird. Der Entwurf verlangt, das Hypotheken- und Darlehensgeschäft unmöglich zu machen und geht so weit, die Höchstsumme der Sparlasten auf 30 000 Franken festzusetzen.

Durch Beschränkung auf pöhlische Personen soll der Kundenverkehr mit Zinsen unmöglich gemacht werden. Eine weitere Forderung ist, daß die Sparbücher nur auf Frankennote lauten sollen, womit das große Dollar- und Markgeschäft der Sparlasten hinfällig werden müßte. Der Entwurf geht sogar so weit, den Rahmen für den Zinsfuß durch die Regierungskommission festlegen zu lassen und verweist durch einschneidende Bestimmungen jegliches selbständige Handeln des Bankvorstandes zu unterbinden.

Die Absicht des genannten Entwurfs wird dadurch deutlich, daß die Sparlasten verfügbare Gelder nur bei Bankanstalten und Geldinstituten anlegen dürfen, die von der Regierungskommission hierzu zugelassen werden. Auf diese Weise wird verhindert, die Sparlasten des Saargebietes in die Gewalt und Abhängigkeit derjenigen Banken zu bringen, die von Regierungskomitee als Interessenvertreter ihrer Politik angesehen werden. Ob die Stadtverordneten der Stadt Saarbrücken Luft empfinden, ihre Sparlasten durch persönliche oder sonstige Interessenpolitik landfremder Elemente an das französische Bankkapital verschleudern zu lassen, wird man wohl von vornherein verneinen können. Dieser unglaubliche Regierungsvorstoß erregt im Saargebiet größtes Aufsehen.

„Von solchen Uebereinkommen ist mir nichts bekannt. — Ich halte die Behauptung für eine Lüge. — Sie sind in meinen Augen ein Wilderer. Also folgen Sie mir!“

„Da nicht kein Hirschen, kein Wermischin, der Ertrappe mußte sich dem Willen des Jägers fügen.“

Auf der Oberförsterei lag alles längst in tiefstem Schlummer, und Herr Rogalla, der nicht nur Oberförster, sondern zugleich auch Amtsvorsteher war, konnte nicht ohne Mühe geweckt werden. Als er vernahm, um was es sich handelte, geriet er in die größte Aufregung, befohl dem Jäger, draußen zu warten und nötigte den Wercheten mit nicht weniger als freundlicher Miene in sein Geschäftszimmer. Hier kam es denn nun zwischen den beiden Jägern zu einem so erregten Auftritt, daß Wilhelm im Hausflur fast kein Wort von dem entging, was drinnen gesprochen, oder besser — gekrüllt wurde. Die beiden empörten Herren sprachen offenbar nicht, daß der Jäger der politischen Ehre, deren sie sich bebienten, vollkommen mächtig war.

„Jadowski, diesmal kann ich Sie nicht herausreißen! — Um alles in der Welt — nur um lassen Sie sich denn auch fangen?“ — Was soll ich nun machen? — Sie wissen doch, ein wie gefährlicher Reiz Hartung ist. — Zu fatal, diese verdammte Geschichte!“ rief der Oberförster mit heiserer Stimme aus. „Worauf der andere nicht minder laut erwiderte.“

„Sie müssen mich herausreißen, Rogalla! — Machen Sie die Sache doch bloß nicht schlimmer als sie ist! — Es heißt einfach, ich hätte die Erlaubnis zum Abschuss einiger Hirsche gehabt. Damit ist es gut.“

„Das geht nicht, das kann ich in diesem Fall nicht. — Hartung ist schlau und — sehr übergeißelt. Es ist doch klar, daß er diese seine Selbstnützlichkeits vollbracht haben will. — Komme ich ihm mit Ausreden, so wendet er sich ganz bestimmt an den Alten selber.“

Aber zum Donnerwetter, wollen Sie mich denn hinter Schloß und Riegel bringen? — Das müßte doch die Folge sein, wenn die Sache nicht veräußert wird. — Im schlimmsten Falle befähigen Sie für die mir erteilte Erlaubnis einen

Die Hochschulreform.

Von dem Hauptauschuß des Preussischen Landtages.

— Berlin, 16. Februar.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages machte Ministerialdirektor Richter längere Ausführungen über die Reform der Universitäten. Er betonte, daß diese Frage in den nächsten Jahren gelöst werden müsse. Die von Staatlich begonnene organisatorische Reform sei in wesentlichen Punkten gefördert worden.

Die Schmierigkeit der Universitäten

liege insbesondere in ihrer Ueberfüllung. Was die Beteiligung der Arbeiterkinder am Hochschulstudium angehe, so seien 19 bis 20 v. H. aller Studenten Bevölkerungsklassen an, die nach ihrem Einkommen auf der Arbeiterstufe stünden. Bezüglich der

Reform des medizinischen Studiums

seien die Arbeiten durch das Reichsinnenministerium vor einigen Wochen in Angriff genommen worden. Eine Verlängerung des Studiums sei nicht vorgezogen, wohl aber eine stärkere Trennung der naturwissenschaftlich-biologischen und der medizinisch-technischen Studien.

Die juristische Studienreform

stehe unmittelbar vor dem Abschluß. Die Hochschulverwaltung habe sich mit reformierender juristischen Professoren zusammengesetzt und sei sich darüber schuldig geworden, daß vor allem der Stoffbereich eingeeignet und der Lehrstoff zusammengefaßt werden müsse.

Was das philologische Studium angehe,

so sei es sachlich unmöglich gewesen, von der Hochschulverwaltung aus hier reformierend vorzugehen, bevor nicht die Auswirkungen der Bolschewischen Schulreform sichtbar gewesen seien.

Ruhnießer des Weltkrieges.

Poincaré über Frankreichs gute Finanzlage.

— Paris, 15. Februar.

Poincaré veröffentlicht im „Crefleur“ wieder einen Artikel, der diesmal der französischen Finanzlage gewidmet ist. Wenn die französische Finanzlage dank der Stabilisierungsmaßnahmen heute als vorzüglich anzusehen ist, so müßte man sich doch in der Kammer darüber klar werden, daß die getroffenen Maßnahmen einer Steuererleichterung sich nicht von heute auf morgen durchführen ließen, ohne das Gleichgewicht des Haushalts ernstlich zu gefährden. Die Steuern seien bereits um drei Milliarden ermäßigt worden, und man könne noch von Jahr zu Jahr in dieser Richtung fortfahren. Die Ausgaben in der Kammer machten jedoch den Eindruck, als ob man das Korn essen wolle, bevor es reif sei, und Poincaré habe recht, wenn er sich mit aller Energie dagegen verweigere. Man dürfe sich aber nicht durch den Reiz der Staatskasse kühlen lassen, denn ohne dieses Rückrad könnte Frankreich niemals einen Haushalt von 50 Milliarden durchführen.

Die Finanzlage ist ohne Zweifel ausgezeichnet und werde sich bei der Anwendung des Finanzplanes noch verbessern, vorausgesetzt, daß Deutschland den übernommenen Verpflichtungen nachkomme. Die deutschen Zahlungen genügen, um die französischen Schulden an England und Amerika zu decken und 2,5 Milliarden Franken jährlich für Frankreichs eigene Bedürfnisse zu verwenden. Wenn daher die Finanzlage in vernünftigen Bahnen bleibe, so werde Frankreich in einigen Jahren finanziell so dastehen wie wenige Staaten, die durch den Krieg gelitten haben.

Suche nach ertragreicher Lösung.

Um die Deckung des Fehlbetrags der Arbeitslosenversicherung.

— Berlin, 16. Februar.

In der interaktionellen Besprechung der Finanzfachverständigen der Regierungsparteien mit dem Reichsfinanzminister wurde die Frage der Deckung des Fehlbetrags der Arbeitslosenversicherung behandelt.

Den Beratungen lag ein Vorschlag zugrunde, wonach das Reichsfinanzministerium einen Betrag von 250 Millionen der Vorsorgesachen der Reichsbank verkaufen soll, und zwar sollen daraus im Jahre 1930 150 Millionen und im Jahre 1931 100 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Der dann noch fehlende Betrag soll von der Arbeitslosenversicherung selbst aufgebracht werden, und zwar durch

kleinen Käufel, der sich nachzumerken läßt, einmal, wenn ich ein paar Kappen springen lasse. Es kommt mit dementsprechend auch niemals an. — Soll diese Rogotzke denn etwa unsere Freundschaft in die Brüche gehen lassen? — Denten Sie etwa, mein Lieber, ich würde mich, falls ich vor Gericht käme, nicht mit Händen und Füßen wehren? — Dabei könnte mir zu meiner Verteidigung leicht ein unbedachtes Wort über unser bisheriges Verhältnis einschlippen. — Ich meine, eine Liebe sei der anderen wert.“

Da wurde der Oberförster allmählich ruhiger, stapfte mit schweren Schritten im Zimmer umher, sprach lange kein Wort und überlegte angestrengt, was zu tun sei. — Dann rief er die Zier auf, trat an den draußen wartenden Jäger heran und legte mit erzwungener Freundschaft:

„Lieber Hartung, ich preche Ihnen meine Anerkennung über Ihren Dienstverfall aus. In diesem Falle handelt es sich nun freilich nicht um einen Raubverbrechen im eigentlichen Sinne, da Herr Jadowski eine Ausnahmebestimmung einnimmt. — Ich werde die Angelegenheit in die Hand nehmen. — Gehen Sie jetzt heim und schlafen Sie sich aus.“

Damit war Wilhelm entlassen. Drinnen aber wurde bei einem trübsinnigen Wusch die Freundschaft erneuert. Jadowski durfte den erlegten Hirschkopf behalten, und alles war gut.

Als der Hirschkopf zum Mittagsessen krieger Bericht erstattete, da löste der an seine Stirn und sagte höchst unmutig: „Hartung, Sie stellen alles neckhaft an! — Wenn ich nur möchte, was ich tun soll, um Sie zu einem vernünftigen Menschen zu machen!“

„Und ich werde mich nicht zufrieden geben!“ erwiderte Wilhelm flammenden Blickes. „Wird Jadowski nicht bestraft, wie er es verdient, so öffne ich dem Grafen einmal gründlich die Augen.“ — Der Förster lächelte ihm ins Gesicht, zündete eine Pfeife an und hielt es nicht für nötig, über diese Angelegenheit noch ein weiteres Wort zu verlieren.

(Fortsetzung folgt.)

Verwaltungsreform, Leistungsverbesserung oder Erhöhung der Beiträge.

Eine Einheitssteuer fiel in den Besprechungen noch nicht. Es verriet sich jedoch, daß trotz mancher Bedenken eine Annäherung unter den Parteien in der Frage des Verkaufs der Vermögensgüter erfolgt ist. Die Beratungen sollen am Montag, 7 Uhr, fortgesetzt werden, nachdem sich mittags zunächst die sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien mit dieser Frage beschäftigt haben.

Auch Branntweinverkauf wird eingeschränkt.

— Berlin, 16. Februar.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages trat die Entscheidung über den Paragraphen 15 des Gesellschaftengesetzes, der vorsieht, daß die obersten Landesbehörden den Ausschank von Branntwein sowie den Kleinhandel mit Branntwein für bestimmte Bezirke und ferner an Lohn- und Gehaltszahlungen, jedoch höchstens zwei Tagen in der Woche, ganz oder teilweise verboten oder beschränkt können.

Nach längerer Ansprache wurde die Bestimmung mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Mehrheit ließ sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten und den Abgeordneten Dr. Straßmann (Nat.) und Dr. Mumm (Christl. Nat. Arb.-Gem.) zusammenschließen. Praktisch würde die Durchführung dieses Beschlusses bedeuten, daß der Branntwein-Ausschank und -verkauf an den Freitagen und Sonnabenden jeder Woche verboten werden könnte. Ein sozialdemokratischer Antrag wurde nach einer Erklärung dahin beschloffen, daß das Verbot auch auf die Werktage für den Reichstag, die Landtage und Gemeinderatssitzungen ausgedehnt werden kann.

Nationalitätenhege in Dänemark.

— Kopenhagen, 16. Februar.

In einem Vortrag, den der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete und spätere dänische Minister S. P. Sanjens in Nybølshallen über Nordisches hieß, kam er auch auf die deutschen Schulforderungen zu sprechen, deren erste Behandlung durch das Parlament vor wenigen Tagen stattfand. Sanjens erklärte u. a., die nordisch-wegischen Schulgehalte hätten so gewirkt und seien so gehandhabt worden, daß nicht der geringste Beweis dafür geführt werden könnte, daß ein Kind eines deutschen Bürgers anders behandelt worden sei, als eines dänischen.

Dies ließen den Deutschen nicht genug; sie verlangten nun größeren Zutritt zu den Privatschulen für deutsche Kinder, als er in öffentlichen Schulen gewährt wurde, ferner besondere Schulkommissionen für deutsche Schüler. Sie wünschten, nur gesagt, eine privilegierte Stellung im dänischen Staat. Darauf könne man sich auf dänischer Seite nicht einlassen. Er hoffe, der dänische Reichstag werde dieses Begehren ablehnen.

Sanjens sollte sich daran erinnern, was er selbst seinerzeit im deutschen Reichstag für die Rechte dieses Landes der Grenze geordert hat und was auch jetzt die Dänen für die neuen Reichsgrenze für ihre Schulen fordern. Wenn Sanjens jetzt, die Deutschen forderten für ihre Privatschulen mehr als den Dänen für Privatschulen gewährt wird, so muß daran erinnert werden, daß die Deutschen notwendigerweise ihr Kulturgut nur in privaten, nicht aber in öffentlichen Schulen ihrer Nachkommenchaft vermitteln können. Am übrigen wird man darüber lächeln, daß ein Mann, der angeblich für den Friedenensschiedsvertrag vorgelesen worden ist, in öffentlichen Vorträgen Nationalitätenhege für richtig hält.

Polizeistunde ein Uhr!

— Berlin, 15. Februar.

In der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages wurde anlässlich des Schanzenfestes auch die Polizeistunde einer Neuregelung unterzogen. Nach mehrstündiger Debatte, in der sich Vertreter der Reichsregierung sowie die Vertreter Preußens und Bayerns mit eindringlichen Worten gegen jede reichsrechtliche schematische Regelung dieser Frage gewandt hatten, mit der Bitte, es bei der Regierungsverordnung zu belassen, wurde mit knapper Stimmenmehrheit gegen die Darlegungen der Regierungsvertreter entschieden.

Die Polizeistunde für Gast- und Schankwirtschaften aller Art wurde allgemein auf ein Uhr festgesetzt, jedoch besteht die Möglichkeit, daß die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte nachgeordnete Behörde Ausnahmen in gewissem Umfange zulassen kann.

Zusammenschluß in der Landwirtschaft.

Die Gründung des genossenschaftlichen Einheitsverbandes. — Berlin, 15. Februar.

Nachdem in außerordentlichen Tagungen die Aufstellungsbeschlüsse des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften erfolgt waren, fand in Form einer gemeinsamen Sitzung in Anwesenheit des Reichslandwirtschaftsministers Dietrich, des Präsidenten der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste, Klepper, und Geheimrats Dr. Köhler von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt die Gründung des genossenschaftlichen Einheitsverbandes statt, der unter der Bestimmung Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen e. B. demnach seine Tätigkeit aufnimmt.

Dem Einheitsverband traten insgesamt 35 Verbände, unter denen sich neben den Verbänden des bisherigen Reichsverbandes und des bisherigen Generalverbandes der oberste landwirtschaftliche Einheitsverband, der Verband Regensburger und die Genossenschaftsverbände der deutschen Bauernvereine und der deutschen Bauernschaft befinden, und 12 Zentralgenossenschaftsanstalten. Damit werden dem Einheitsverband rund 37 000 Einzelgenossenschaften angehören. Der Vorstand des Einheitsverbandes legt sich vorübergehenden Zusammen: Landesökonomierat Dr. h. c. Johannsen als Ehrenpräsident, Geheimrat Landesökonomierat Bohneberg und Reichsminister a. D. Dr. Hermes als Präsidenten, Regierungspräsident z. D. Freiherr von Braun und Landesökonomierat Dr. Kade als stellvertretende Präsidenten, Regierungsrat Gennes als Generalanwalt, Direktor Schmidt und Direktor Brenning als stellvertretende Mitglieder des Präsidiums.

Aus der Heimat und dem Reich.

— Remberg, den 17. Februar 1930

Um die Verlängerung der Dessau-Wörlitzer Eisenbahn bis Bergwig.

Der Gemeinnützige Verein von Oranienbaum hat dem Landeshaupmann der Provinz Sachsen am 30. Januar nachstehende Bitte unterbreitet:

„Der feinsichtige Wunsch seit Jahrzehnten, den Wörlitzer Winkel nach der Wittenberg-Bergwiger Seite erschlossen zu sehen, hat sich leider immer noch nicht verwirklicht.“

Die von dem Herrn Landrat von Bodenshausen, Wittenberg, vor über einem Jahrzehnt nach Eröffnung der Kohlenfelder in Bergwig beabsichtigte Eisenbahnverbindung von Bergwig nach Dessau konnte wegen angeblicher nicht genügender Rentabilität nicht zur Ausführung gelangen, obgleich die Kohle gut und forschungsfähig ist. In Rücksicht auf die allgemeine Depression in heutiger Industrie und den länderlichen Bezirken wäre es erwünscht, daß die Bahnlinie von Gobrau Grenze nach Bergwig durchgeführt würde, da die Dessau-Wörlitzer Eisenbahn jetzt von Wörlitz bis Gobrau die Trasse hat. Wadman würde ein freier Warenverkehr mit den wohlhabenden Orten Kieftitz, Wörlitz, Segersgrün, Pratzau in Wirklichkeit treten. Auch die Verkehrsverbindung nach Berlin, der Niederlausitz und Sachsen über Wittenberg-Zalzenberg, die jetzt nur auf Umwegen über Wittenberg-Görsitz zu erreichen ist, würde dem Reiseverkehr über Bergwig offen.

Die liebe alte Vaterstadt Wittenberg, sowie die hiesige Stadt mit ihrem Schloß und Park würden sich eines regeren Verkehrs erfreuen. Diese Momente würden wesentlich zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen. Bemerkenswert ist noch, daß die Eisenbahnverbindung Oranienbaum-Burgwitz nur als Werksbahn benutzt wird, indem dort nur zwei Züge zum Arbeitertransport auf der Linie Schönewitz-Oranienbaum gefahren werden.

Die Bergwiger Braunkohlenernte teilen wir auf eine Anfrage mit, daß sie dem Projekt geneigt sind und wünschgemäß sich mit dem Vorstand der Bergwig-Remberger Kleinbahn in Verbindung gesetzt haben.

Die Bemühung des Wörlitzer Winkels würden es dankbar begrüßen, wenn Sie verehrter Herr Landeshaupmann, Ihre geneigte Wohlwollen dieser Angelegenheit widmen wollen, damit die jetzt einseitige Orientierung des Wörlitzer Winkels aufhört.“

Der Landeshaupmann der Provinz Sachsen erteilt dem Vorstand des Gemeinnützigen Vereins, Oranienbaum, unter dem 10. Februar nachstehenden Bescheid:

„Das Projekt wird von mir im Auge behalten. Mit Rücksicht auf die ungunstige allgemeine Wirtschaftslage und die außerordentlichen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Geldmitteln durch langfristige Anleihen, halte ich es aber für ganz ausgeschlossen, daß sich die Finanzierung des Unternehmens in absehbarer Zeit durchführen läßt, zumal auch die örtlich beteiligten Stellen (Kreis und die in Betracht kommenden Gemeinden) sich verpflichten müßten, recht erhebliche Summen für den Bau sicherzustellen und außerdem den Grund und Boden für die Verfertigung des Bahnhofs und seiner Nebenanlagen ungenügend herzugeben. Dem Provinzialverband von Sachsen ist es ebenfalls aus den genannten Gründen nicht möglich, z. B. einer Erörterung der Frage der Finanzierung des Unternehmens durch Beteiligung der Provinz näherzutreten. Wie aber schon gesagt, wird die Angelegenheit von mir im Auge behalten.“

Auch die Bergwig-Remberger Kleinbahn hat dem Gemeinnützigen Verein Oranienbaum folgenden Bescheid:

„Ich beziehe mich auf das an Sie in der gleichen Angelegenheit gerichtete Schreiben des Herrn Landeshaupmanns vom gleichen Tage — R. 1. 500/30 —. Den Ausführungen des Herrn Landeshaupmanns kann ich nur beitreten. Auch meinerseits wird die Angelegenheit im Auge behalten werden.“

Hoffen wir, daß es den preussischen Behörden dennoch in absehbarer Zeit gelingen möge, diese Leitstrecke auszubauen, zur Unterfertigung der jetzt um ihre Wert erfindenden Landbevölkerung.

• **Wanderarbeiter für die Landwirtschaft.** Wegen der milden Witterung in diesem Winter war es möglich, einen Teil der Arbeiter, die die Landwirtschaft sonst erst im Vorfrühling unternehmen, schon während des Winters durchzuführen. Aus diesem Grunde sind viele Landwirte geneigt, die sommerlichen Saisonarbeitskräfte in diesem Jahre erst zu einem späteren Termine als sonst einzustellen. Bei der starken Leutenot im hiesigen Bezirke, die durch die auch in diesem Jahre wieder erfolgte planmäßige Verringerung des Polen-Kontingents noch verstärkt wird, ist

es dringend erwünscht, gute deutsche Wanderarbeitskräfte aus den Ueberflugsgebieten für die hiesige Landwirtschaft zu bekommen. Das Arbeitsamt Dessau hat darum bereits mit den Ueberflugsgebieten in Westfalen und Thüringen die Fühlung aufgenommen und dort festgesetzt, daß die Arbeitsämter aus den Bezirken Niederlausitz, Nordmark und Pommern, schon dabei sind, die Ueberflugs-Transporte von Arbeitskräften aus Westfalen in ihre Bezirke durchzuführen. Wenn der hiesige Bezirk daher nicht die Kräfte bekommen soll, welche die anderen Bedarfsgebiete in Westfalen als weniger geeignet übriglassen, so ist es dringend notwendig, sofort auch mit der Verpfändung von Kräften und ihrer Ueberführung bis spätestens Anfang März nach hier zu beginnen. Wenn es der Landwirtschaft in Niederlausitz, Nordmark und Pommern, die in gleicher Weise die Vorteile des milden Winters hatte, möglich ist, die Arbeitskräfte schon jetzt einzustellen, so muß dies in Interesse einer Beförderung mit guten Kräften auch der hiesigen Landwirtschaft möglich sein. Die landwirtschaftliche Fachabteilung des Arbeitsamtes Dessau bittet daher alle Wanderer, die auf deutsche Wanderarbeitskräfte reflektieren, ihren Bedarf umgehend bei ihr anzumelden. (Siehe Anzeige in heutiger Nummer.)

• **Der neue Polizeigerichtender Betrieb.** Von der Oberprokuratorie Leipzig wird mitgeteilt: Der neue Bezirksgerichtender Betrieb hat die Ausübung des mit dem bisherigen Rundfunkprogramms einbüßig übernommen, nachdem er in den letzten Tagen bereits wiederholt probeweise eingeschaltet worden war. Außer einwandfreier Konstanthaltung der Sendewelle, die es ermöglicht, den Sender von seinen Wellenmachern besser zu trennen als bisher, ist eine wesentliche Verbesserung der Modulation und eine etwa Prozentigste Zunahme der Lautstärke gegenüber dem bisherigen, kam dem alten Rundfunkbetriebe erreicht worden. Bei dem neuen Polizeigerichtender handelt es sich um einen von der Firma C. Lorenz A.-G. in Berlin aufgestellten fremdbetriebigen Hörsender mit 3 Stufen. In der ersten Stufe, dem Generierender, sind 1, in der zweiten, in der dritten Stufe, in der Endstufe, in der 15 Kilowatt Leistung vorzuleisten.

• **Keine Uebersteigerung der Polizeistunde!** Eine Entscheidung, die besonders für die Galtwirte von großer Bedeutung ist, hat jetzt das Limburger Amtsgericht betreffs der Uebersteigerung der Polizeistunde gefällt. Ein Galtwirt aus Niederrhein erhielt, weil er über die Polizeistunde hinaus Bier verabreicht hatte, einen Strafbescheid in Höhe von 10 Mark. Er erhob Einspruch mit dem Ergebnis, daß zunächst der Strafbescheid schuldig wurde. In einer weiteren Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Limburg betonte der Galtwirt, daß er nach 12 Uhr, also nach der Polizeistunde, kein Gewerbe mehr betriebe, sondern seinen Stammgästen aus Anlaß seines Geburtstages Freibier gegeben habe. In der Urteilsbegründung heißt es, daß eine Verlesung der Polizeistunde privatem Gälte ohne Entgelt bewirkt. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

• **Bernburg. Unter einem Maschinenstahler zerbricht.** Auf dem Kalwer Winterstahl geriet beim Zerbrechen von Rohlauf der 24jährige Arbeiter P. e. m. n. beim Nachhaken von Salzmengen unter einem Maschinenstahler, der ihm den rechten Arm vollständig herausschlug. Außerdem erlitt er andere Verletzungen, denen er im Krankenhaus erlag.

• **Eisenberg. Scheunendiebstahl wegen Wassermangel abgeklärt.** Das Scheunendiebstahl des Rittgutes Zeppla ist das Opfer eines Großfeuers geworden. Von den vorhandenen Scheunen konnte man leider nicht viel retten. Die Feuerwehren mußten sich auf die Rettung des Herrschaftsgebäudes und der benachbarten Güter beschränken, da es an Wasser mangelte. Wärdchen und Frauen holten von weit her das Wasser mit Eimern, die Männer bedienten die Spritzen. Der Schaden an Gebäuden und Inventar beträgt rund 70 000 Mark.

• **Wolken bei Bitterfeld. Feuer in der Zilmfabrik.** Aus noch nicht geklärter Ursache entlief im Wertgebäude der Z. G. Zilmfabrik ein Brand, der sich bald zu einem großen Feuer entwickelte. Es kam aus dem Säurraum der Kunstfaserherstellung, wo große Säuremengen gelagert. Große Flammenfluten schlugen aus dem Dach des Gebäudes. Qualmwolken stiegen hoch in die Luft. Das Feuer erlosch das ganze Dach und die Vorderseite des Gebäudes, die zerstört wurde.

• **Sessen (Elbe). Künstliche Bewässerung des Sessen-Schweinitzer Obstbaugelände.** Zur Bewässerung des verhältnismäßig trockenen Obstbaugeländes ist jetzt von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen eine großartige Bewässerungsanlage geplant. Die Kosten betragen mit rund 470 000 Mark veranschlagt. Zwei Siphon-Pumpen soll das Wasser der Sassenzwei erntennommen, einem 2000 Meter entfernten Reservoir zugeführt und von dort aus verteilt werden. Ingesamt werden rund 40 000 Meter Rohrleitungen gebraucht.

• **Salle. Baugerunden.** Bei Berlin wurde vom Bräudenwärtler Bogt eine männliche Leiche aus der Saale geborgen. Die Mordekommission stellte fest, daß der Tote der vermählte Direktor Bauer der Saale-Mitteldeutsche Produktions- und Schiffahrtsgesellschaft m. B. H. ist, der seit dem verstorbenen und missglückterweise ermordet worden ist.

• **Reiden (Bezirk Torgau). Zwei Kinder ertrinken.** Beim Spielen auf dem Ufer brachen hier zwei Kinder, der 13jährige Horst Schmidt und der 11jährige Axel Kump, ein und ertranken.

• **Eilenburg. Vom Luftauto tougekauft.** Hier erlegte sich ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Kohlenluftauto mit Anhänger aus Leipzig kam die Bergstraße herunter, und da die Straße mit Glatteis bedeckt war, geriet der Wagenzug ins Rutschen. Der Anhänger kam auf den Bürgersteig und erdrückte den gerade zu seiner Arbeitsstätte gehenden 53jährigen Eisenbahndienstschaffner Hermann.

• **Berlin. Die Neugestaltung Berlins.** Die Gemischte Deputation zur Vorbereitung von Organisationsentwürfen hat sich mit der Frage der Neugestaltung Berlins beschäftigt. Redner aller Parteien brachten ihr Bestreben darüber zum Ausdruck, daß den Gemeindeförderungskräften Berlins nicht die Möglichkeit gegeben werde, sich über die Pläne des Ministeriums zu unterrichten. Einmütig wurde beschlossen, an den preussischen Minister des Innern den Antrag zu richten, den Referenten-Entwurf des Ministeriums sofort den städtischen Korporationen zugänglich zu machen, damit sie zu einer Entwürfen Stellung nehmen können, bevor er dem Staatsministerium zur Beschlußfassung vorgelegt wird.



Schloß Gauden.

Infolge der Inflation und da die Regelung betreffs des Wessendorf noch immer nicht erledigt ist, ist der Herzog von Braunschweig gezwungen, das Schloß, das auch eine sehr wertvolle Bibliothek in sich birgt, zu verlassen.

Reichenbach l. B. Möge es Dir helfen ergehen als mir! Der kräftige Helmut Gerber steht sich in selbstmörderischer Absicht vom Zug überfahren. In einem hinterlassenen Brief an seinen Vater und spricht er den Wunsch aus, daß es diesem besser im Leben gehen möge als ihm.

Klingenthal. Feuerwehr auf Schlitten und Skiern. Kürzlich ist die Feuerwehr der Gemeinde Obersachsenberg mit einem Motorschlitten und Schneeschuhen ausgerüstet worden. In den zum Teil weit auseinander liegenden Ortschaften des oberen Erzgebirges mit ihrem lang anhaltenden Winter hat sich diese Einrichtung sehr gut bewährt.

Annaberg. Schneidemühle niedergebrannt. In der Schneidemühle des Verheers Kämpf in Eichenhöfen war aus ungeklärter Weise ein Feuer ausgebrochen. Trotz des sofortigen Eingreifens mehrerer Feuerwehren war die Mühle nicht mehr zu retten. Sie ist völlig niedergebrannt.

Münchener Illustrierte heute neue Nummer
bet **Rich. Arnold**

Gymnasialdirektor seines Amtes entbunden
Er führte Frieds Anordnung nicht durch.

Oberstudiendirektor Dr. Siefert wurde vom thüringischen Volksbildungsministerium vorläufig seines Amtes entbunden, weil er Maßnahmen des Ministeriums nicht zur Durchführung gebracht habe. Es handelt sich dabei um die von dem nationalsozialistischen thüringischen Volksbildungsminister Dr. Fried angeordnete Aufhebung des Verbotes nationalsozialistischer Schülervereinigungen, im vorliegenden Falle um das Verbot der „Adler und Falken“ am Wilhelm-Vernst-Gymnasium in Weimar, das von Siefert erlassen worden war. Siefert hatte dieses Verbot trotz der Verordnung nicht aufgehoben.

Bücher- und Zeitschriftenchau.

Ein Tagebuch des Lebens kann man die im Verlag Dr. Sells-Göster H.-G., Berlin S.W. 68 erscheinenden „Wahren Romane“ nennen. Die „Wahren Romane“ sind nicht eine neue Art literarischer Schöpfungen, die nur in besonderer Weise das Herz des Lesers zu gewinnen trachten, sondern die wahrheitsgetreue Wiedergabe tatsächlicher Ereignisse, die von den Erzählenden er-

lebt wurden und die jedem von uns in seiner vermauteten Form begegnen können.

Erleben erleiden der lebende Band der „Wahren Romane“ (Heft 1 Nr. 1) dessen ungemein positiven Inhalt man mit nicht nachlassender Spannung liest. Wen die Schicksale seiner Mitmenschen mehr interessieren, als ererbte Geschwinde, wer eine wirklich fesselnde und bereichernde Lektüre sucht, der wird zu dem neuen Bande der „Wahren Romane“ greifen müssen.

Der Schatz auf den Chef — unter diesem Titel berichtet ein junges Mädchen ihre erschütternden Lebensschicksale in dem neuen Heft der „Wahren Erzählungen“ (Verlag Dr. Sells-Göster H.-G., Berlin S.W. 68). Bekanntlich bringt diese interessante und einzigartige Zeitschrift nur Beiträge, die die ungeschminkte Wiedergabe tatsächlicher Geschehnisse betrifft. So enthält auch das letzte erschienene März-Heft außer der oben genannten Erzählung sieben weitere spannende und lehrreiche Erzählungen, deren Lektüre jedem empfohlen ist.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landeskirche

Dienstag abends 8 Uhr
Bibelstunde
Prediger **Wesfermann-Wittenberg.**
Hierzu wird herzlich eingeladen.

Nutz- und Brennholz-Verkauf
der **Oberförsterei Gräfenhainichen**

am **Mittwoch, den 26. Februar 1930,** vorm. 9 Uhr im **Gesamtmännlichen Lokale in Geegrehna**
Försterei Heinrichswalde: Totalität
19 Eichen 2 u. 3. Kl. = 14 fm
7 Eichen 2 u. 3. Kl. = 4 fm
59 Rüstern 2 u. 3. Kl. = 32 fm
28 rm Eichen-Kloben, 2,20 und 2,50 m lang
3 rm Erlen-Kloben 2 m lang, Bantofelhölz
400 rm Scheit, Kloben u. Knüppel von Eiche, Eiche, Rüstern u. Erle
Försterei Bleesern: Durchforstungen Jagd 167, 169 u. Totalität
7 rm Kiefer-Kloben und Knüppel
130 rm Kiefer-Kloben und Knüppel
44 rm Kiefer-Reifer l. Kl.
Bezahlung kann im Termin erfolgen.

Der **Preussische Staatsoberförster**

Wanderarbeiter für die Landwirtschaft.

Da die Landwirte aus Niederachsen, Nordhart und Bommern bereits begonnen haben, die sommerlichen Arbeitskräfte aus Westfalen durch ihre zuhändigen Arbeitsämter überführen zu lassen, so ist es dringend notwendig, Anträge auf Beforgung von solchen Arbeitskräften **sofort** an uns zu richten, damit auch wir die Verflüchtung und Ueberführung der Leute umgehend in die Wege leiten können, um nicht nachher die von den anderen Bezirken als weniger geeignet übrig gelassenen Leute zu bekommen.

Das **Arbeitsamt Dessau**
Landwirtschaftliche Fachabteilung

Morgen **Dienstag** von 2 Uhr
irische

**Schaum-, Fasten-,
Mohn- und Rummel-
Brezeln**

so wie täglich frisches
Kaffee- und Tee-Gebäck

D. Herrmann, Bäckerei

Empfehle **Dienstag** mittag ab 1 Uhr
**Schaum- und Fasten-
brezeln**

Am **Mittwoch**
fr. Pfann- u. Spritzstuden
Hermann Busch

Zahn-Atelier
Fr. Genzel

Dentist.
Vollst. schmerzlindeendes
Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber
und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher
Zähne in Kaufschuf, Gold u.
unwerten Metallen, sowie
Kronen, Brückenarbeiten
und Stützähne.
Reparaturen werden schnell-
stens ausgeführt.

fr. Hammelfleisch
Leber und Fleck
empfehlen **Ewald Ballmann** verkauft **Knappe, Cuzlich**

u. sonstige Bekleidanten, die mit **Herren u. Knaben-Kleider-
fabrik** Verbindung suchen (Einführung fertiger Konfekt.) wollen
(mit Angaben ihrer Verhältnisse) schreiben an:
B. N. U. 263, Ala-Annone-Exp., Berlin W. 35

Grüne Heringe
Pfund 20 Pfennig
frisch eingetroffen bei
S. G. Glaubig

Morgen **Dienstag** eintreffend
frischer Schellfisch
grüne Hering

und
frische Räucherwaren
Emma Reinecke

Empfehle **Dienstag** früh
eintreffend
frische grüne Heringe
frischen Schellfisch
Reinhold Hartmann,
Delikatessgeschäft.

Morgen **Dienstag** wieder
billiger
Seefischverkauf

frischer Schellfisch
und grüne Heringe
Paul Mierzschke, Burgstraße

Eine hochtragende
Leinekuh
steht zum Verkauf
Eduard Faust, Bräunigt bei
Schlesien.

Futterstroh

Schützenhaus

Fastnachten mit
Bockbierfest

Schützenhaus

Fastnachten

Schützenhaus

Schneidermeister

Celta oder Bemberg?

Welchen Strumpf soll man heute kaufen?
Fragen Sie im Spezialgeschäft, und man wird Ihnen sagen, daß sowohl Celta wie auch Bemberg die verschiedensten Qualitäten haben. Wenn Sie aber allen Zweifeln aus dem Wege gehen wollen, so kaufen Sie

„D“-Strümpfe

Dieselben werden aus bestem Rohmaterial hergestellt und von Fachleuten noch besonders ausgesucht.



Durch gemeinsame Abschlüsse mit über 750 Kaufhäusern und Geschäften wird in Preis und Qualität **Hervorragendes geboten.**

Versuchen Sie den „D“-Strumpf, für gute Qualität bürgt meine Firma sowie der Stempel meines

Einkaufskonzerns

Durch meine **Strumpfkarte** biete ich meinen verehrten Kunden noch einen besonderen Anreiz
Wer 12 Paar Strümpfe bei mir gekauft hat, erhält **1 Paar Strümpfe gratis** zum Durchschnittspreis der gekauften Paare

Bitte Strumpfkarte hierfür anzufordern

Otto Wildau, Kemberg

Manufaktur- und Modewarenhaus

Prima junges fettes
Rind- und Hammelfleisch
frische Flecke

empfiehlt
Rich. Krausemann Nachf.
Jnh. Heinrich Schneider
Einen kleinen

Uckerwagen
hat abzugeben **Kreuzstraße 19b**

Achtung!
Kränze und Unterlagen
liefert billig und gut
Frau W. Becker, Kranzbinderei
Wittenberger Straße 40

Eine junge
Milchkuh
zu verkaufen **Kreuzstraße 19b**

„Goldene Weintraube“
Voranzeige!
Sonntag, den 23. Februar

Fastnachten mit
Bockbierfest

Schützenhaus

Fastnachten

Schützenhaus

Kaufmännische Vereinigung
und
Gewerbe-Berein

Mittwoch, den 19. Februar, abends 1/9 Uhr findet im Hotel „Blauer Hest“ eine

Versammlung
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Vorschlag der Regierung in Merseburg, vor Weihnachten nur noch an zwei Sonntagen die Läden geöffnet zu halten.

Die Mitglieder werden gebeten, vollständig an dieser Versammlung teilzunehmen
Die Vorstände

**Haus- u. Grundbesitzer-
Verein e. V.**
Am **Mittwoch, den 19. Februar,** abends 8 Uhr bei Ernst Bachmann

Versammlung
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben
Der Vorstand

Nach einem gesegneten Lebensabend entschlief gestern abend 1/11 Uhr im Alter von 82 Jahren unser lieber guter Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder Schwager und Onkel

der Pensionär
Gottlieb Lehmann

In stiller Trauer im Namen der Hinterbliebenen
Familie Walter Morawietz

Kemberg, den 17. Februar 1930

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 1/4 Uhr vom Trauerhaus, Leipziger Straße 55, aus statt

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Gesicht ist wesentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, Wochentage, Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Reklamzeile 40 Pfg., Ausnahmehöhe 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbegrabe unentgeltlich geschriebener oder Freipresse abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubend, zuzüglich Postgebühr, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 20

Dienstag, den 18. Februar 1930

32. Jahrg.

Donnerstag, den 27. Februar, 14 Uhr.

Mütterberatungsstunde

im Bürgeraal.

Kemberg, den 14. Februar 1930.

23]

Der Magistrat.

Grundstücksverpachtung.

Mittwoch, den 19. Februar 1930, um 19 Uhr soll im Ratstafel der Alsterlan 1 in der Unterförste, 49,64 ar groß, öffentlich meistbietend verpachtet werden. Kemberg, den 17. Februar 1930.

24]

Der Magistrat.

Neues in Kürze.

- * Das Jahr 1930 erfordert im deutschen Haushalt eine Milliarde Mehrausgaben, zu deren Deckung u. a. 220 Millionen Mark durch neue Steuern aufzubringen sind.
- * Die Saargouverner verläßt durch schließliche Verhandlungen zu Ungunsten der Sparteisen den ihr ergebenden Banken die Finanzgehülfe zuzugestehen.
- * Wie verlautet, werden die Großmächte in Moskau einen gemeinsamen Schritt unternehmen, um den dort im Gange befindlichen Kreisverhandlungen zu leiten.
- * Schwere Unruhen in Spanien, hervorgerufen durch Arbeitslosentrawale, Ausschreitungen und Währungsverschiebung, lassen die Gerichte über gewalttätige Umwälzungen nicht versprechen.

Zollfrieden?

~ In Genf beginnt wieder eine der großen internationalen Tagungen. 27 europäische Staaten — also ganz Europa mit Ausnahme von Sowjetrußland und Albanien, haben Vertreter zu dieser Konferenz entsandt. Daneben treten Japan, San Domingo, Cuba und einige andere außereuropäische Staaten mit Beobachtern auf. Es handelt sich also um eine rein europäische Konferenz im Rahmen des Völkerbundes, und das erklärt sich daraus, daß das Thema der Konferenz der europäischen Zollfriede ist. Die Vollerfassung des Völkerbundes hat die Forderung aufgestellt, daß man versuchen sollte, in einer Reihe von Etappen zu einem europäischen Zollfrieden zu kommen. Und diese Konferenz soll den endgültigen Zollfrieden durch einen zwei- bis dreijährigen Zollaffenstillstand vorbereiten. Man hat zur Einleitung der Konferenz die Regierungen aller beteiligten Länder über ihre Bereitwilligkeit, an dieser Vorbereitung teilzunehmen, befragt, mit dem Ergebnis, daß mit Ausnahme zweier europäischer Staaten sämtliche Regierungen sich beteiligen. Ergeben sich daraus günstige Aussichten für das Konferenzergebnis? Steht der Zollaffenstillstand in Europa bevor? Man darf aus der starken Beteiligung nicht auf die praktischen Aussichten schließen. Was bisher an Versicherungen maßgebender Wirtschaftskreise vorliegt, eröffnet der Zollfriedenstrennung keine günstigen Perspektiven.

Zwar ist von der Genfer Völkerbundsversammlung ausdrücklich beschlossen worden, daß man nicht wieder eine Sachverständigenkonferenz einberufen will, was es die große Weltwirtschaftskonferenz war, sondern daß an Stelle der Sachverständigen, die nur gutachtliche Versicherungen abgeben können, bevollmächtigte Vertreter der Regierungen treten sollen. Darin kam der Wunsch der Völkerbundsversammlung zum Ausdruck, praktische Ergebnisse herbeizuführen. Die führenden Länder haben als Leiter ihrer Delegationen denn auch Kabinettsmitglieder entsandt. Aus Deutschland werden der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Reichsernährungsminister Dietrich teilnehmen, Frankreich und England sind durch ihre Handelsminister vertreten. Das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat auch bereits einen Entwurf für den geplanten Zollaffenstillstand ausgearbeitet. Tugend — es besteht nicht einmal Aussicht darauf, daß dieser Entwurf ernsthaft zur Diskussion kommen wird. Beschäftigt war, einen Kollektivvertrag der beteiligten Staaten zustande zu bringen, durch den sämtliche Zollsätze für zwei Jahre gebunden werden sollten, so daß in dieser Zeit Zollveränderungen nicht möglich wären. Man kennt im bestehenden Handelsvertragsystem die Bindung einzelner Zollsätze zwischen zwei beteiligten Staaten. Davon würde sich der geplante Vertrag dadurch unterscheiden, daß sämtliche Zolltionen der bestehenden Zolltarife gebunden wären und daß eben nicht nur ein zweiseitiger, sondern ein umfassender Vertrag das Ziel ist.

Aber gegen diesen umfassenden Charakter der geplanten Abmachungen hat sich zum Beispiel die französische Kammer sehr entschieden ausgesprochen. In der französischen Kammer ist zum Ausdruck gekommen, daß

ein solches Vertragswerk eine Einschränkung der staatlichen Autonomie darstellen würde, die unmöglich hingenommen werden könne. Die englischen Handelskammern haben, wenn auch nicht unter diesem politischen, sondern unter einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt, ebenfalls eine Ablehnung der Genfer Pläne ausgesprochen. Sie haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß es keinen Sinn habe, eine Bindung der Zollsätze auf dem jetzigen hohen Zollniveau zu vereinbaren, sondern daß statt einer Zollstabilisierung eine Zollentlastung das Ziel sein müsse. Besonders eigenartig sind diese Versicherungen aus Frankreich und England, weil der Beschluß der Völkerbundsversammlung, durch den die jetzige Konferenz einberufen worden ist, auf einen englisch-französisch-belgischen Vorschlag zurückgeht. In Deutschland, das an jenem Antrag also nicht beteiligt war, ist die Aufnahme wesentlich freundlicher gewesen. Der Reichswirtschaftsrat hat über diese Frage vor kurzem ein Gutachten erlassen, das darin gipfelt, die Idee des Zollfriedens sei des Interesses und der Förderung wert. Die deutsche Delegation wird bei ihrem Vorgehen in Genf sich festhaltenkönnen auf dieses Gutachten halten. Inzwischen müssen von deutschen



Wirtschaftsminister Dr. Curtius

hat dringend, die Deffektivität nicht weiter damit zu beunruhigen und irre zu führen, daß man die Jahresabgaben abbiedere und eine Kleinemne nenne, die Deutschland dann zu zahlen habe. Er vergleicht die deutsche Reparationslast mit einer Hypothek, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß der Kapitalwert nicht mehr als 34,5 Milliarden Mark betrage. Der Gegenwartswert des Dawesplanes betrage dagegen rund 4 Milliarden. Nach dem Dawesplan hätten wir in den nächsten 10 Jahren über 7 Milliarden mehr zu zahlen.

Die Aussprache eröffnete der deutschnationale Abgeordnete Dr. Reichert, der sich gegen die Berechnungen des Ministers wandte. Den größten Bestandteil des Youngplanes sieht er in der Laifade, daß die deutschen Leistungen nicht nach der deutschen Leistungsfähigkeit berechnet, sondern mit der Kriegsvergütung unserer Gegner in Verbindung gebracht würden. Für die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft sprachen Dr. Hoegh und die Abgeordneten Dr. Klönne und von Spel. Dr. Hoegh hielt eine förmliche Verbindung der Reparationen mit den interalliierten Schulden für besser, nachdem nun einmal eine tatsächliche erfolgt sei. Auch die Abgeordneten von Spel und Klönne errechneten eine Versicherung durch den Youngplan.

Reichsaußenminister Dr. Curtius erwiderte, daß schon auf der Londoner Konferenz ein Zahlungsplan aufgestellt worden sei, nach dem Deutschland jährlich zwei Milliarden zusätzlich 20 v. S. der deutschen

Ausfuhr zu zahlen habe. Das würde für 1929 eine Zahlung von 5 1/2 Milliarden bedeuten. Dr. Dornburg (Dem.) betonte, daß der Youngplan nur eine Etappe auf dem Wege der Reparationsregelung darstelle. Die deutsche Wirtschaftslage werde von der Rechten zu ungünstig beurteilt.

Nur im äußersten Notfall . . .

Die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter.

— Berlin, 15. Februar. Mit Zustimmung des Reichsrats und nach Anhörung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat der Reichsarbeitsminister bestimmt, daß im Jahre 1930 insgesamt für 109 000 ausländische Landarbeiter die Genehmigung zur Beschäftigung erteilt werden darf. In seinem Ertrag erzeugt der Reichsarbeitsminister, dafür zu sorgen, daß die Notwendigkeit, ausländische Landarbeiter zu beschäftigen, in jedem Einzelfall mit besonderer Sorgfalt geprüft wird. Insbesondere dürfen landwirtschaftliche Betriebe, die deutsche Landarbeiter entlassen und solche Landarbeiter nicht wieder eingestellt haben, ausländische Landarbeiter in der Regel nicht erhalten, jedenfalls nur dann, wenn einwirklich nachgewiesen wird, daß deutsche Landarbeiter tatsächlich nicht zur Verfügung stehen.

Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat die staatlichen Vertreter in den Verwaltungsausschüssen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durch einen Rundschreiben angewiesen, nachdrücklich dafür einzutreten, daß die vorstehend erwähnte Anweisung des Reichsarbeitsministers genau durchgeführt wird. Das Bedürfnis nach ausländischen Arbeitsträften ist grundsätzlich für diejenigen Betriebe zu verneinen, die inländische Arbeiter entlassen haben, ohne die gleiche Anzahl inländischer Arbeiter wieder einzustellen. Nur wenn der einwandfreie Nachweis erbracht ist, daß alle Vermittlungen, einheimische Arbeitsträfte zu erhalten, gescheitert sind, dürfen die staatlichen Vertreter in den Verwaltungsausschüssen der Beschäftigung ausländischer Arbeitsträfte bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen zustimmen. Der Minister für Volkswirtschaft erludt in seinem Rundschreiben die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, die Landräte anzuweisen, der Entlassung einheimischer Arbeitsträfte auf dem Lande ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und über Entlassungen, die über den normalen Wechsel an Arbeitspersonal hinausgehen, zu berichten.

Eine Milliarde Mehrausgaben für 1930.

Für 220 Millionen Mark neue Steuern.

— Berlin, 16. Februar. Bei den bisherigen Beratungen der Fraktionsführer hat sich ergeben, daß insgesamt für den Haushalt für 1930 gegenüber dem von 1929 eine Milliarde Mehrausgaben bringt. Diese Mehrausgaben legen sich zusammen aus den Summen von 450 Millionen für den Schuldentilgungsfonds, aus 50 Millionen weiteren Sachausgaben und endlich aus 500 Millionen Mehrausgaben für den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. In diesen 500 Millionen ist allerdings die Ausgabe für die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in Höhe von 250 Millionen enthalten. Die weiteren Mehrausgaben des Reichsarbeitsministeriums beziehen sich u. a. auf die Arbeitsfürsorge, auf die erhöhten Zuschüsse für die Sozialversicherung und auf die erhöhten Ausgaben für die Anknüpfungsversicherung und die Qualifizierungsvorsorge infolge der Ver. Weinnung. Die Mittel für die Wochenbeihilfe, die bisher vom Reich geleistet worden sind, werden in Zukunft von den Krankenkassen übernommen. Es sind lediglich 5 Millionen an bedürftige Krankenkassen für diesen Zweck in Rechnung gestellt worden.

Bei den gegenwärtigen Beratungen ist nun infolgedessen eine neue Grundlage gefunden worden, als es sich nicht mehr um Steuererlösen in Höhe von 370 Millionen, sondern nur noch in Höhe von 220 Millionen Mark handelt, da die 154 Millionen Defizit aus dem Jahre 1928 buchmäßig abgedeckt sind, aber auf den Schuldentilgungsfonds Anrechnung finden. Der Reichsanstaltpräsident hat sich nach diesem Einverständnis eine solche Regelung nicht erhoben. Angelehnt dieser Sachlage hat sich das Steuerkomitee vereinbart.

Es genügt nunmehr die einfache Wertsteuererhöhung in Höhe von 180 Millionen Mark mit den erhöhten Kaffee- und Teezölle, die mit 50 Millionen in Anrechnung gebracht sind. Wenn die Regierungsparteien sich zu einer solchen Lösung entschließen würden, so hätte das den Vorteil, daß diese Regelung tatsächlich noch vor der dritten Sitzung des Youngplans in Kraft gesetzt werden könnte, da der Entwurf über die Wertsteuererhöhung den Reichsrat passiert hat und noch im Steuerausschuß zur weiteren Beratung liegt. Die Erhöhung der Kaffee- und Teezölle könnte von der Reichsregierung im Wege der Verordnung vorgenommen werden.

Es hat aber den Anschein, als ob von gewisser Seite immer noch eine Erhöhung der Umsatzsteuer gefordert wird,